



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2012/2134(INI)

12.9.2012

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

über die Verbesserung des Zugangs von KMU zu Finanzmitteln
(2012/2134(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Anthea McIntyre

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass etwa 90 Millionen Arbeitnehmer in der EU in KMU beschäftigt sind, 30 % davon in Kleinstunternehmen, und dass 85 % aller neuen Arbeitsplätze zwischen 2002 und 2012 von KMU geschaffen wurden, insbesondere von neu gegründeten Unternehmen¹;
2. stellt fest, dass nur 7 % der europäischen KMU Risikokapital einsetzen und 60 % der Unternehmen glauben, dass sie kein Risikokapital nutzen können; stellt zudem fest, dass zusätzliche 22 % sich bei mit Risikokapital finanzierten Geschäften unwohl fühlen²;
3. nimmt zur Kenntnis, dass der Zugang zu Finanzmitteln eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass Unternehmen ihre Investitionen finanzieren und ihr Wachstumspotenzial ausschöpfen können sowie dass neue Unternehmensgründungen ermöglicht werden und damit ein Beitrag zu künftigem Wachstum und Arbeitsplatzschaffung geleistet wird;
4. begrüßt die Unterstützung von KMU und Kleinstunternehmen durch Initiativen wie beispielsweise das Programm für sozialen Wandel und Innovation, COSME und Horizont 2020, die die Chance für Arbeitnehmer von KMU und Kleinstunternehmen bieten, ihre Qualifikationen und Wissensbasis auszubauen;
5. betont, dass trotz erfolgreicher EU-Initiativen wie der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug noch beträchtliche Hindernisse für die Gründung und Entwicklung von KMU bestehen, wie etwa der beschränkte Zugang zu Finanzierungen und die Finanzierungskosten, die sich auf die Fähigkeit von KMU auswirken können, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitnehmer zu halten;
6. nimmt die Vorteile von Finanzierungen durch innovative Konzepte und Nichtbanken wie etwa Kredite von Privat an Privat („peer-to-peer lending“), Kleinstkredite, KMU-Bonds und rechnungsgebundene Produkte zur Kenntnis;
7. stellt fest, dass mangelnde Kenntnisse oder Informationen die Bereitstellung sowohl von Fremd- als auch von Beteiligungskapital für KMU beeinträchtigen können, so dass potenziell rentable Unternehmen keine Finanzierung erhalten, was die Entwicklung oder Gründung rentabler KMU und Kleinstunternehmen verhindert;
8. begrüßt den KMU-Test³, der gewährleistet, dass neue Maßnahmen nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen von KMU führen;

¹ Europäische Kommission: „Member States competitiveness performance and policies: Reinforcing competitiveness“ (Wettbewerbsleistung und –politik der Mitgliedstaaten: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit), Ausgabe 2011.

² EZB und Europäische Kommission, Erhebungen zum Zugang von KMU zu Finanzmitteln, 2009-2011.

³ COM(2011)0803.

9. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den starken sozialen und wirtschaftlichen Argumenten Rechnung zu tragen, die dafür sprechen, den Inhabern von KMU im Rahmen bestehender EU-Initiativen die angemessenen Qualifikationen zu vermitteln und die entsprechenden Instrumente und Kenntnisse bereitzustellen, die sie für ein erfolgreiches Finanzmanagement benötigen.